

Haushaltsrede der Fraktionssprecherin Annette Floyd-Wenke  
im Rat der Stadt Rheine am 10.02.2015  
*es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der anstehenden Haushaltsdebatte ergreife ich für DIE LINKE nun das erste Mal das Wort. Es sei mir daher gestattet, in gebotener Kürze etwas zu den Grundsätzen linker kommunaler Haushaltspolitik zu sagen.

- Art. 28 Abs. 2 GG garantiert die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise und umfasst damit Eigenverantwortlichkeit bei der Aufgabenerledigung und eine aufgabenangemessene Finanzausstattung.

Mit Blick auf die Praxis in unserer Kommune dürfte Letzteres nicht nur für Herrn Krümpel ein offensichtliches Lippenbekenntnis sein. Denn tatsächlich werden die Kommunen schon lange von Bund und Land trotz steigender Anforderungen finanziell ins Abseits gedrängt.

Ich gehe daher davon aus, dass die Forderung nach einer aufgabengerechten und angemessenen Finanzierung der Kommunen parteiübergreifend konsensfähig ist. Kommunale Selbstverwaltung und öffentliche Daseinsvorsorge brauchen eine solide Finanzierung. Ohne diese kann keine Kommune ihren Auftrag erfüllen. Wir meinen, dass zur ausreichenden Finanzierung der Kommunen strukturelle Veränderungen erforderlich sind, z.B. Finanzierung durch Erhebung einer Vermögenssteuer und Änderung der bisherigen Finanzierungsverantwortung von Bund, Länder und Kommunen.

Eine verlässliche Finanzierung der Kommunen ist auch deshalb existentiell für das Gemeinwohl, weil durch die Leistungen der Daseinsvorsorge gesellschaftliche Partizipation und soziale Gerechtigkeit befördert werden kann. Es liegt auf der Hand, dass eine Kommune, deren Handlungsspielraum durch eine nicht ausreichende Finanzausstattung insoweit eingengt ist, kaum noch politischen Handlungsspielraum in Bezug auf sog. freiwillige Leistungen wie Kultur, Sport und Jugendarbeit hat.

Nach alledem setzen wir uns für ein sozial gerechtes Steuersystem ein, das Kommunen eine solide finanzielle Basis und damit wieder politischen Handlungsspielraum gibt. Sofern der Bund qua Gesetz den Kommunen Aufträge erteilt, hat er die Finanzierung hierfür zu übernehmen.

Der Deutsche Städtetag hat zu Recht kritisiert, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entlastung von Ländern und Kommunen um fünf Milliarden jährlich auf frühestens 2018 verschoben wird. Die Situation einiger Kommunen, unsere eingeschlossen, verträgt keinen Aufschub.

- Eine weitere Forderung der Linken ist, dass die kommunalen Dienstleistungen grundsätzlich in die öffentliche Hand gehören. Leistungen zur Befriedigung der täglichen Grundbedürfnisse wie die Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Kultur, Mobilität, Bildung, Medizin etc. müssen demokratisch organisiert und kontrollierbar sein. Eine Privatisierung oder gar Kürzung ist für uns problematisch, weil eine

demokratische Verfügung über Leistungen der Daseinsvorsorge dann nicht mehr garantiert werden kann und die Gefahr besteht, dass sie sich an privaten Gewinninteressen orientiert.

Überall in der Politik ist erkennbar, dass die Definitionsmacht der Politik an die Wirtschaft abgetreten ist. Allzu deutlich herrscht das Primat der Ökonomie. Der Staat und seine kleinste Einheit, die Kommune, ist aber kein Wirtschaftsunternehmen, sondern hat grundsätzlich anderen Geboten zu folgen und andere Prioritäten zu setzen.

**Einem politischen Substitut mit dem Namen Konzern Rheine werden wir nicht folgen..**

Als Grundelement der Demokratie gehört die kommunale Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand. Ich werde keine Beschlüsse mittragen können, die die Kürzungen oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorsieht. Hier steht mein Gewissen im vollkommenen Einklang mit den Erwartungen meiner Wähler.

- Mein kommunales Engagement als Vertreterin der Linken basiert auch auf der Vorstellung, dass alles Erdenkliche getan werden muss, um allen Bürgern unserer Kommune eine Partizipation am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- Ich beobachte daher mit großer Sorge, dass die Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung durch knappe Haushalte eingeschränkt werden bzw. für sog. freiwillige Ausgaben wie Kultur, Sport und Jugendarbeit Geld überhaupt nicht mehr vorhanden ist. Ich bin überzeugt, dass durch ein sozial gerechteres Steuersystem Abhilfe geschaffen werden kann. Auch deshalb haben wir einen Antrag für die Schaffung kommunaler Steuerprüfungen eingebracht.

Dass viele Menschen ins soziale Abseits gedrängt werden, liegt in der Struktur der (sozialen) Marktwirtschaft selbst begründet. Ich greife noch einmal das Argument auf, dass Entscheidungsträger, egal auf welcher Ebene der verwaltungspolitischen Hierarchie sie sich befinden, sich darüber im klaren sein müssen, dass staatliches Handeln nicht an den Regeln eines auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Unternehmens zu orientieren ist, sondern an den für sozialen Ausgleich und Solidarität unabdingbaren, erforderlichen Voraussetzungen, die der Staat zu schaffen hat.

- Es liegt auf der Hand, dass der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen von zurzeit rund 13 Prozent für die vielfältigen Aufgaben bei der Bewältigung dieser Aufgabe nicht ausreicht und daher anzuheben ist. Dies gilt auch für die kommunalen Einnahmen, die erhöht werden müssen. Die Linke hat den Vorschlag unterbreitet, die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer weiterzuentwickeln. Umso unverständlicher die Entscheidung der GROKO dies abzulehnen, die Grünen haben sich dazu enthalten.

Die Einnahmen der Kommunen sind wegen der erheblichen Steuersenkungen in den vergangenen Jahren beträchtlich zurückgegangen. Gleichzeitig sind den Kommunen durch die Bundesregierungen neue oder erweiterte Aufgaben im sozialen Sektor zugewiesen worden. Nach den Ergebnissen einer Befragung des Fachmagazins der Kämmerer, DNK, vom letzten Jahr werden insbesondere die zu geringen Zuweisungen des Landes an die Kommunen kritisiert. In NRW sind es 86 % der an der Befragung teilnehmenden Kämmerer, die dies als größtes Problem ansehen. Die Kommunen können das zunehmend dringlicher werdende Problem der knappen Ressourcen bei ständig steigenden Ausgaben für Sozialleistungen und damit einhergehender Vernachlässigung der Aufgaben für sog. freiwillige Leistungen von sich aus nicht in den Griff bekommen. Die Kommunen können aber ihren Druck auf die Landes- und

Bundesregierung verstärken. Der Rat der Stadt Rheine wird hierbei in mir eine engagierte Mitstreiterin haben.

- Ich möchte noch eine Bemerkung zu einem Thema machen, dass mir sehr am Herzen liegt und über das ich mich trefflich mit dem Rechnungsprüfungsausschuss des Kreises Steinfurt streite. Es lässt sich unter dem Stichwort Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen zusammenfassen.

Hier blockiert der Landrat jegliche Form der BürgerInnenbeteiligung und missachtet das Landesverfassungsgesetz unter Berufung auf die kreiseigene Geschäftsordnung. Er erklärt den RPA kurzerhand für grundsätzlich nichtöffentlich.

In Rheine ist dies zwar nicht so. Aber weil wir hier keine bayerischen Kungelverhältnisse haben möchten, sollten wir einmal unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft unter die Lupe nehmen. An dieser Stelle möchte ich gerne auf eine Forderung der Grünen in ihrer letzten Haushaltsrede hinweisen, mit der sie zu Recht verlangt haben, den Bereich der Wirtschaftsförderung in den Aufgabenbereich der Bürgermeisterin zurückzuführen.

Absprachen, Entscheidungen, die unter Beteiligung von Ratsmitgliedern im Aufsichtsrat der EWG getroffen werden, unterliegen bekanntlich der Geheimhaltung. Das ist juristisch sicher einwandfrei, ein transparenter Vorgang hinsichtlich der Verwendung von Steuermitteln indes ist dies sicher nicht. Wird dann der Öffentlichkeit erzählt, man sei mit möglichen Investoren im Gespräch, die möglicherweise eine gewisse Anzahl an Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen, wenn sie die eine oder andere Gewerbefläche günstig erwerben könnten, so sind diese Aussagen unverantwortlich vage. Wie man am Beispiel der Vermarktung des FMO Airportparks ja gesehen hat. Es sind diese vagen, nicht nachvollziehbaren und intransparenten Aussagen, die unseren Bürgerinnen und Bürgern große Sorgen bereiten.

Und wir meinen auch, hier muss die Bürgermeisterin wieder ran, hier muss sie gemeinsam mit dem Rat wieder für Bürgernähe und –beteiligung sorgen. An dieser Stelle macht es einfach keinen Sinn, Datenschutz gegen Transparenz auszuspielen.

Frau Bürgermeisterin, Sie haben uns auf der Dialogveranstaltung für neue Ratsmitglieder umfassend über das Zusammenwirken und die Aufgabenwahrnehmung der verschiedenen Bereiche der Stadtverwaltung informiert. Und es wurde darüber referiert, wie mehr Bürgerbeteiligung erreicht werden kann. Wir meinen, mehr Transparenz und Information, auch von den städtischen Tochtergesellschaften, könnte eine wunderbar vertrauensbildende Maßnahme sein mit der Bürgerinnen und Bürger zur kommunalen Mitgestaltung eingeladen werden.

Und genau diese Transparenz ist es auch, die wir angesichts der immer mehr ansteigenden Flüchtlingszahlen in Rheine dringend brauchen. Haben wir doch gesehen, was mangelnde Information und Intransparenz in anderen Städten ausgelöst haben. In Rheine sind die Bürgerinnen und Bürger an allem interessiert, was in ihrer Stadt passiert. Und wir sind dazu verpflichtet, Ihnen diese Informationen nicht nur zur Verfügung zu stellen, wir müssen Ihnen unsere Entscheidungen auch erklären können. Und zwar nicht erst dann, wenn sie bereits im Rat beschlossen wurden.

Auch deshalb halten wir es für absolut notwendig, dass ein so längst überfälliges Projekt, wie der Relaunch des Internetportals der Stadt nun endlich umgesetzt wird. Wenn nicht hier, wo dann können sich unsere Mitbürgerinnen laufend und umfassend über die Geschehnisse in Stadt und Verwaltung informieren und auch einbringen?

- DIE LINKE Ratsfraktion Rheine hätte dem ursprünglichen Haushaltsentwurf zustimmen können, der maßvolle Einsparungen in den Verwaltungsbereichen vorsah. Einem Haushalt jedoch, der die Bürgerinnen und Bürger mit zusätzlichen Belastungen derart für unverschuldete Fehlfinanzierungen bestraft, der kann von uns nicht mitgetragen werden. Es muss den Verantwortlichen in Bund und Land immer wieder deutlich gemacht werden, dass eine zufriedene Bevölkerung auskömmlich ausgestattet werden muss. Ist es da wirklich hilfreich, wenn die Parteien des Rates sich permanent gegenseitiges Verschwenden von Haushaltsmitteln vorwerfen, und allzu eifertig höchst umstrittene Sparvorschläge unterbreiten? Warum werden stets die Freiwilligen Leistungen zuerst gekürzt, wenn es gilt, mit knappen Ressourcen viel finanzieren zu müssen? Ich meine, hier wird zu kontraproduktiv gedacht. Freiwillige Leistungen sind kein kommunaler Luxus. Im Gegenteil. Sie sind genauso notwendig für die Lebensqualität der hier lebenden Menschen wie die anderen Leistungen. Sie sind es, die dazu führen, dass sich junge Familien in einer Kommune wohlfühlen, dass sich Fachkräfte hier ausbilden lassen und vor allem hier bleiben wollen, dass die vielbeschworene Kaufkraft überhaupt noch existiert und letztlich, sich auch Unternehmen ansiedeln wollen. Zurückhaltung in der Kürzung Freiwilliger Leistungen trägt dazu bei, Motivation für gesellschaftliches Engagement, das allen nutzt, zu befördern.

Die Linke im Rat der Stadt Rheine wird, obwohl wir diesen Haushaltsentwurf ablehnen, konstruktiv an der Verbesserung der Lebensqualität aller hier lebenden Mitbürgerinnen arbeiten. Wir werden Vorhaben, die einer größtmöglichen Transparenz und Mitwirkung dienen, unterstützen und wir werden innovativen Ideen gegenüber aufgeschlossen sein.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich mich bedanken. Bei Ihnen Frau Bürgermeisterin, die uns gleich nach dem Einzug in den Rat ordentlich mit in die Pflicht genommen hat und uns auf Augenhöhe begegnet ist. Das war gut so. Wir bedauern ihre Entscheidung, nicht mehr für Rheine zur Verfügung zu stehen. Aber wir haben auch gemerkt, dass hier ein ziemlich scharfer Wind weht, was Unterstützung und Mitwirkung für Sie angeht.

Wir möchten uns auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Unterstützung bedanken. Bei Herrn Elfert zu allererst, weil wir ohne ihn viel länger gebraucht hätten, uns im Wust der Formalitäten zurechtzufinden. Und ohne Herrn Grimberg, der uns bei den Wahlunterlagen sehr geholfen hat, hm naja... wer weiß. Aber auch alle anderen haben uns wohlwollend und zuvorkommend den Weg geebnet, damit wir unsere Arbeit auch ordentlich machen können. Vielen Dank dafür.

Und nun ganz zum Schluss möchte ich auch anmerken, dass wir die politische Auseinandersetzung und die Gespräche mit allen Ratsmitgliedern und ihren Fraktionen schätzen und auch weiterhin suchen werden. Wir würden uns daher freuen, wenn unser Engagement für die Bürgerinnen und Bürger in Rheine und unser Einsatz für ihre Interessen, auch im Falle unterschiedlicher Auffassungen, Ihren Respekt finden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.